

# Der Deutsche Metallarbeiter

Ercheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6erpallete 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelvor 17. Fernruf 3366 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitag morgen 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 14

Duisburg, den 4. April 1925

26. Jahrgang

## Die soziale Krise.

Der Zusammenbruch der Inflation hat auf der ganzen Linie die tiefen Gegensätze im deutschen Volk nach oben geworfen, die seit einigen Jahren versteckt zu sein schienen. Das Verhältnis von Unternehmertum und Arbeiterschaft ist dabei nur eine Seite und nur ein Teil des Problems, das zu lösen unseren Tagen vorbehalten blieb. Es handelt sich im letzten Grunde um eine Umbildung der Stellung der Wirtschaftsmächte (Industrie, Handel, Bankwelt, Gewerbe) sowohl als auch der Arbeiterschaft zu Staat und Wirtschaft und um eine innere Verbindung von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Unternehmertum und Arbeiterschaft haben ihre Stellung zu diesen Fragen meistens von einseitigem Standpunkt aus präzisiert und mit der dem Deutschen eigentümlichen extremen Geradlinigkeit auch verfolgt. Nach der Auffassung des Unternehmertums, die besonders in den letzten Jahren mehr an Einfluss gewinnt, hat der Staat zwar die Aufgabe und die Pflicht, das Eigentum des Staatsbürgers zu schützen, aber die Wirtschaft und die Wirtschaftsmächte müßten sich vollständig frei und ungehindert von jeder Staatshemmung entfalten können. Dieser mancherlichen Auffassung, die in einer Zeit, wo die Wirtschaft wegen ihrer weitreichenden Konsequenzen nicht nur Privatsache, sondern auch Staatsache wurde, unhaltbar geworden ist, stand auf der anderen Seite ein starkes Ueberwiegen des Konsumentenstandpunktes und fast allgemein die nicht immer richtige Auffassung vom „kapitalistischen Unternehmer“ entgegen. Es war bei der ganzen Entwicklung auch nicht verwunderlich, daß keiner der beiden Teile sich zu einer gesunden Staats- und Wirtschaftsauffassung emporschwingen konnte.

Bis zum Weltkrieg wurde die Wirtschaftspolitik in Deutschland eigentlich vom Unternehmertum allein getragen. In der Steigerung der Produktionsziffern, Eroberung des Weltmarktes, sah es sein fast ausschließliches Ziel. Die deutsche Arbeiterschaft trieb keine Wirtschaftspolitik. Ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß geschah zwangsläufig und im allgemeinen unter Hintansetzung der Arbeiterrechte. Selbst die christlichen Gewerkschaften, die wirtschaftlich am klarsten dachten, hatten eine wirtschaftspolitische Stellungnahme nicht genug herausgearbeitet, wenn sie auch mit sicherem volkswirtschaftlichen Instinkt den Satz des Sozialistenführers legten: Wirtschaftspolitische Einfluß durch Zurückhaltung der Arbeit als unhaltbar zurückwiesen. Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik wurde jedoch die Sozialpolitik nicht vom Unternehmertum, sondern von der Reichsgesetzgebung geschaffen und durch den Einfluß der Arbeiterbewegung weitergetrieben und befruchtet. Das Unternehmertum stand der Sozialpolitik und den arbeiterrechtlichen Fragen ablehnend, wenn nicht sogar feindselig gegenüber; daran kann auch die vorbildliche sozialpolitische Betätigung einzelner Arbeitgeber nichts ändern. Dem Staatsgedanken standen die meisten Unternehmer gleichgültig, die Sozialisten in offenkundigem Gegensatz gegenüber, während die christlichen Gewerkschaften und einzelne Unternehmer den Staatsgedanken positiv vertraten.

Der Zusammenbruch des Reiches 1918 brachte die Träger von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik näher zusammen. Es mag ohne Zweifel ehlich gemeint gewesen sein, aber jeder Teil suchte seine Linie vorwärts zu treiben, die Arbeiterschaft ihre sozialpolitischen und das Unternehmertum seine rein wirtschaftlichen Zwecke. Vorläufig rang die Arbeiterschaft den Wirtschaftsmächten weitgehende Ziele ab: Anerkennung der Gewerkschaften als die berechtigten Vertreter der Arbeiterschaft, Tarifvertrag und Arbeitsstunden, Preisgabe der wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen. Das Unternehmertum forderte von der Arbeiterschaft wirtschaftspolitische Einstellung, wirtschaftliches Denken und wirtschaftliches Handeln.

Es ist bitter, bekennen zu müssen, daß keiner von beiden hielt, was er versprochen. Geistige Bewegungen kommen nicht mit einem Kontrakt zum Stillstand. Das zeigte sich auf die Dauer in beiden Lagern. Der mandatorische Standpunkt des Unternehmertums wirkte sich innerlich um so krasser aus, je mehr von außen her die Wirtschaft mit Zwang und Gebundenheit umgeben wurde. Aus dem produktionssteigernden genialen Kopf wurde ein Spekulant größten Stils; war bis dahin die Industrie abhängig gewesen von der Bankwelt, so griff sie jetzt mit tausend Händen in die Bankwelt hinein und gliederte sich Banken an. Das wäre an und für sich nicht zu bedauern, wenn nicht damit der spekulative Geist den produktiven Geist zurückgedrängt hätte. Man verdiente mit Inflationen mühseliger als mit Produktivitäten; man stapelte unproduktive Kräfte übereinander, überließ die Preisfestsetzung den Konventionen und suchte möglichst nicht in Konkurrenz zueinander zu geraten; man dachte kaufmännisch, einzelbetrieblich oder einzelkonzernlich, das volkswirtschaftliche Denken war unter die Räder gekommen.

Bei der sozialistischen Arbeiterschaft wirkte die Schwerkraft einer vierzigjährigen verheerenden Agitation fort. Die sozialistischen Gewerkschaften, die zum Teil ihre Führer in verantwortlichen Regierungen hatten und den Lauf der Wirtschaft beobachten konnten, hatten nicht den Mut, ihre Erfahrungen der Masse mitzuteilen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Sie ließen die Masse schuldig werden und überließen sie dann der Pein. Hundert Millionen verlorener Arbeitstage in den Jahren 1919, 20, 21, verloren durch

wilde Streiks, Putsch und Demonstrationen, ein oft radikal mißhandeltes Betriebsrätegesetz, Rückgang der Leistung in der Gesamtwirtschaft zeigten, daß ein wirtschaftliches Denken bei der sozialistischen Masse nicht vorhanden war. Die Anstrengungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung konnten dieses Manko nicht ausgleichen. Immerhin hat sie durch ihre verantwortungsvolle Haltung, durch ihre straffere Disziplin das deutsche Wirtschaftsleben vor dem vollständigen Zusammenbrüche gerettet.

Jede wirtschaftliche Krise zieht eine soziale Krise nach sich und die soziale Krise wirkt sich um so schärfer aus, je mehr die in sie hineingezogenen Kreise ihre Sonderinteressen über die Interessen der Volksgesamtheit gestellt haben. Manches ist ohne Zweifel verständlich: dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft ist in den sechs Jahren zuviel zugemutet worden. In einer Nacht wurde aus dem Obrigkeitsstaat ein Volksstaat; die Kräfte, die ihn lenken sollten, konnten nicht über Nacht herangebildet werden; auch der Staatsführer muß wachsen. Die arbeitende Schicht, bis dahin außerhalb der gesellschaftlichen und vielfach noch der politischen Rechte sollte in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gefüge mitbestimmend eingegliedert werden. Konnte das ohne Reibung geschehen?

Das Unternehmertum will jetzt „reine Bahn“ schaffen. Es ist häufig so wenig historisch eingestellt, daß es den Pendelschlag nach radikal links mit einem ebenso starken nach reaktionär beantwortet. Die Geschichte scheint tatsächlich zu sein, damit die Menschen nichts aus ihr lernen. Statt reiner wirtschaftliche Maßnahmen als Grundlage zu nehmen, wird vielfach das Motiv freundiger Nachbarn mit einem wirtschaftlichen Mantelchen umhangen, und man gibt sich daran, allem den Kampf anzusagen, was sich die Arbeiterschaft erungen hat. Besonders gilt das für das Arbeitsrecht und die Sozialpolitik. Man will das Schlichtungswesen, den Tarifvertrag, die sozialen Einrichtungen als „unzeitgemäß“ verschwinden lassen und steht nahe vor der Bekämpfung des Koalitionsrechts. Das Unternehmertum hat es heute in der Hand, eine gesunde soziale Atmosphäre zu schaffen, indem es den sozialen Ausgleich unter Berücksichtigung einer gesunden Wirtschaftspolitik zu fördern sucht. Sonst könnte die fürchterliche Vision des alten Hise von der „weiten größeren Revolution, die die Frage des Privateigentums grundsätzlich aufrollt“, zur schrecklichen Wahrheit werden.

Was wir in Deutschland erreichen müssen, ist die Eingliederung von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Diese beiden hängen notwendigerweise innerlich zusammen. Man kann auf die Dauer keine stabile Wirtschaftspolitik betreiben ohne eine genügende Sozialpolitik ohne eine genügende Beachtung der wirtschaftlichen und politischen Rechte des Arbeiters. Andererseits ist aber auch eine Sozialpolitik ohne eine gesunde Wirtschaft nicht möglich, weil sie in ihren finanziellen Grundlagen von den Ueberschüssen der Wirtschaft zu leben hat. Muß deshalb das Unternehmertum Interesse an einem geeigneten Ausbau der Sozialpolitik haben, so die Arbeiterschaft an einer gesunden Wirtschaft. Je mehr die Arbeiterschaft die wirtschaftliche Produktivität miteigern hilft, um so größer muß auch ihr Anteil an den wirtschaftlichen Erträgen sein. Das muß sich in einer Entlohnung ausdrücken, die besser ist als heute; ebenso ist es doch für die Arbeiterschaft eine Selbstverständlichkeit, daß mit einer konsolidierten gefestigsten Wirtschaft ein Abbau der verlängerten Arbeitszeit stattfinden muß.

Worauf es ankommt, ist, daß jeder Stand und auch die Arbeiterschaft ihre volkswirtschaftlichen, staatspolitischen und kulturellen Aufgaben klar erkennen muß. Mit Antikapitalismus und Antisozialismus allein macht man heute keine Wirtschafts- oder Staatspolitik, ebensowenig wie man mit Klassenkampf und der Befehls von der „Vergesellschaftung“ eine zerbrochene Wirtschaft zusammenschmiedet. An deren Stelle muß der Gedanke einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft treten, nicht als Taktik oder Opportunismus, sondern als Grundsatz. Dabei gilt es, die ungelunden Spannungen zwischen Kapital und Arbeit zu beseitigen und den Arbeiter herauszuheben aus der Sphäre des Mitlaufenden in die eines Verantwortungsbewußten. Die Arbeiterschaft muß Einblick in die Wirtschaft erhalten, darüber zum Einfluß auf die Wirtschaft gelangen (Eigenproduktion, Mitbestimmung), um dadurch zur Verantwortung gegenüber der Wirtschaft erzogen zu werden. Die Arbeiterschaft muß aus der nur gefühlsmäßigen Arbeitsbetrachtung in die verstandesmäßige Auffassung hinein. Sie muß sich zur Ueberzeugung durchringen, daß jede Arbeit, und sei es auch die kleinste, ein bewußtgewordener Teil der Gemeinbetätigung ist. Zum gleichen Gedanken muß sich das Unternehmertum durchzuringen versuchen. Es ist dabei notwendig, nicht so sehr das Dogma des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu betonen als vielmehr den Gedanken straffer Betriebsdisziplin und selbständiger Werkleistung unter Hebung der materiellen und geistigen Arbeiterkultur in den Vordergrund zu stellen. Materielle Kulturhebung durch angemessene Löhne, dann wird die geistige Kulturförderung, Berufsstolz, Anteilnahme am Gelingen des Werkes, Ehrlichkeit und Verantwortung nicht auf sich warten lassen.

## Aufgaben der Betriebstechnik.

Von Professor Alfred Freund.  
Bis vor nicht gar zu langer Zeit meinte man, wenn man von Technik sprach, im wesentlichen die Konstruktionsstechnik. Erst während der Kriegszeit in ihren Anfängen und insbesondere in der Nachkriegszeit begann man sich darauf, daß es sich nicht nur darum handelt, die Gegenstände, die man herstellen will, in ihrem konstruktiven Aufbau zweckentsprechend zu gestalten, sondern daß für die Möglichkeit der Erzielung konkurrenzfähiger Preise und genügenden Absatz in erster Linie der Herstellungsprozeß maßgebend ist. So entstand die Betriebstechnik als Wissenschaft, d. h. die Erforschung, die in ether langen Entwicklung technischer Produktion gemacht worden waren, begann man zu gliedern und nach wissenschaftlichen Methoden zu ordnen. So ist die eigentliche Betriebstechnik erst in den letzten Jahren entstanden.

Alle Probleme der Betriebstechnik gründen sich darauf, daß der Preis des herzustellenden Gegenstandes bei dessen bester Qualität konkurrenzfähig sein muß. Die Konkurrenzfähigkeit der Preise stellt an die deutsche Wirtschaft besonders hohe Ansprüche, weil jede Ware belastet ist durch besonders hohe Abgaben, die ihren letzten Grund in Reparationsverpflichtungen haben.

Daraus ergibt sich, daß man in Deutschland entweder die Löhne herabsetzen oder den Betrieb rationaler gestalten muß. Da das erstere nicht angängig ist, müssen wir in jedem einzelnen Betriebe bei jedem Produktionsprozeß darauf bedacht sein, einen höchsten Wirkungsgrad des Betriebes zu erzielen. Dabei sei als selbstverständlich hingewiesen, daß die Qualität des Erzeugnisses in keiner Weise durch irgendwelche Produktionsmaßnahmen gemindert werden darf, im Gegenteil ständige Verbesserung erfahren muß.

Die Erhöhung des Wirkungsgrades des Betriebes, d. h. die Erzielung höchster Leistung mit geringstem Energie- und Stoffaufwand ist die eigentliche Aufgabe der Betriebstechnik. Dabei sollen Betriebsstörungen ausgeschlossen werden.

Die Energiewirtschaft im Betriebe ist dabei nicht nur begründet durch eine zweckentsprechende Verwendung der dem Betriebe zugeführten Brennstoffe, sondern auch der im Betriebe zur Wirkung gelangenden menschlichen Arbeitskräfte, so daß die Aufgabe der Betriebstechnik sich an dieser Stelle teilt. Einmal ist eine günstige Verwendung der dem Betriebe zugeführten mechanischen Energie in irgendeiner Form, also in Form von Wärme oder elektrischer Kraft zu überwachen, wozu ein tiefer Einblick in die Energiebilanz des betreffenden Betriebes notwendig ist, und andererseits ist die menschliche Arbeit so zu organisieren, daß jeder Mensch im Gesamtarbeitsprozeß infolge Anwendung zweckentsprechender Arbeitsmethoden zu einer Höchstleistung befähigt ist, ohne daß seine persönliche Anstrengung bei der Arbeit über ein Maß hinauswächst, welches ihn in irgend einer Weise schädigt. Mit dieser letzten Aufgabe befaßt sich ein Sondergebiet der Betriebstechnik, die Ergonomie. Eins ihrer wichtigsten Ziele ist, daß die menschliche Eigenart im Produktionsprozeß Berücksichtigung findet, d. h., daß jeder Mensch am richtigen Fleck steht, also die Arbeit verrichtet, die seinem Wesen am besten zuzagt.

Dieser Aufgabe der Betriebstechnik, also der Organisation der menschlichen Tätigkeit im Rahmen des Gesamtbetriebes widersetzt sich vielfach der Arbeitnehmer, obgleich hiervon die Möglichkeit einer Erhöhung seiner persönlichen Lebenshaltung abhängig ist. Zweifellos ist das Mißtrauen, welches der Arbeiter gegen gewisse Fortschritte einer wirtschaftlichen Produktion hegt, dadurch bis zu einem gewissen Grade berechtigt gewesen, daß in den Jahren, in denen aus Amerika das sogenannte Taylorsystem übertragen wurde, in Deutschland vielfach die Auffassung herrschte, daß es sich darum handele, aus dem Arbeiter mehr herauszuholen, als es bis dahin geschah. Gewiß war das auch die Ansicht der Amerikaner gewesen, aber man erkannte in Deutschland damals vielfach noch nicht, daß die Mehrleistung nicht eine erhöhte Anstrengung erfordert dürfte, sondern daß die Mehrleistung nur durch eine zweckentsprechende Organisation und durch Anwendung zweckentsprechender technischer Hilfsmittel erzielt werden sollte. Die Anstrengung des Arbeiters sollte dabei möglichst gemindert und die Löhne sollten nach Maßgabe der Mehrleistung erhöht werden. Es ist ganz klar für den sozial denkenden Betriebsfachmann, daß die Förderung der Wirtschaft nur durch betriebstechnische Maßnahmen einsehen kann, und daß der Mensch als solcher keine Mehrbelastung erfahren darf. Erzielt man dergestalt eine Verringerung der Preise, so wird die Absatzmöglichkeit erhöht und damit die Möglichkeit geschaffen, erhöhte Löhne zu zahlen bei evtl. vermindertem Arbeitszeit. Der Arbeiter kann, sofern ihm die besten Hilfsmittel in die Hand gegeben werden und sofern er deren richtige Verwendung kennen gelernt hat, zu einer Höchstleistung ohne Ueberanstrengung gebracht werden. Bei dem gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaft ist diese Aufgabe zu erfüllen, ohne daß zunächst überlegt wird, wie der Gewinn, der aus der wirtschaftlichen Arbeit gezogen wird, verteilt wird. Zunächst dient die Höchstleistung lediglich der Aufgabe, konkurrenzfähige Fabrikate zu erzielen und den Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Lebensmöglichkeit der einzelnen im Produktionsprozeß stehenden Menschen zu gewährleisten. Daß für den Fall, daß einmal die Zeit kommt, die uns in irgendeiner Weise Entlastung bringt, uns also Ueberschüsse ermöglicht, die über das Maß dessen hinausgehen, was zur Betriebsaufrechterhaltung und -erweiterung notwendig ist, daß dieser Ueberschuß zweckentsprechend auf Lohnerhöhung und auf Gewinnbeteiligung der beteiligten Kräfte verteilt werden muß, ist selbstverständlich das liegt aber bei der heutigen Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse noch etwas im Felde. Es sei nur nochmals unterstrichen, daß die Anwendung betriebstechnischer Erkenntnisse auf unsere Betriebe eine Lebensfrage nicht nur der Arbeitgeber, sondern besonders auch der Arbeitnehmer ist.

Aus dieser Erkenntnis heraus liegt es im Bereich der Aufgaben der Betriebstechnik, aus dem gefühlsmäßigen Verfahren der Produktion herauszukommen zu einer wissenschaftlich fundierten Art der Betriebswirtschaft. Die Praxis es einzelnen darf nicht mehr allein ausschlaggebend sein für die Maßnahmen, sondern es müssen die Regeln angewendet werden, die sich auf der Summe der Erfahrungen aller Betriebsingenieure ergeben.

Um das zu ermöglichen, ist die Betriebswirtschaft ausgebaut worden unter besonderer Mitwirkung der im Rahmen des Vereins Deutscher Ingenieure gebildeten Arbeitsgemeinschaft deutscher

Betriebsingenieure. Außerdem sind ebenfalls in Anlehnung an den Verein deutlicher Ingenieure verschiedene andere Ausschüsse, wie der Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung gebildet worden, die seit Jahren an der Fortentwicklung betriebswissenschaftlicher Erkenntnisse und an deren Verwirklichung in der Praxis arbeiten. (Dabei sollte man auch geeignete Kräfte aus den Gewerkschaften mit heranziehen. D. Red.)

Aus dem gewaltigen Arbeitsgebiete, welches von allen an der Fortentwicklung der Wirtschaft interessierten führenden Kräften beackert wird, seien einige Hauptforderungen oder Hauptaufgaben der Betriebslehre dargelegt.

Ich wies schon auf die Energiewirtschaft hin und nehme diesen Punkt nochmals wieder auf. Früher beschränkte man sich gänzlich darauf, die Kraftmaschinen möglichst wirtschaftlich arbeiten zu lassen. Seit einer Reihe von Jahren jedoch hat man auf dem Gebiete der Spannbrennung wesentliche Fortschritte gemacht. Es handelt sich doch nicht nur darum, die Energie wirtschaftlich an die Verbrauchsstelle zu bringen, sondern mit dieser Energie auch dort, wo sie Verwendung findet, wirtschaftlich zu arbeiten. Um ein praktisches Beispiel zu nehmen: Was nützt es, wenn die Energie als solche billig wird, aber an der Verbrauchsstelle, also dort, wo Gegenstände hergestellt werden sollen, das mehrfache von dem Verbrauch, was eigentlich verbraucht werden dürfte, wenn die Maschinen zur Bearbeitung der Gegenstände, also die sogenannten Arbeitsmaschinen oder Werkzeugmaschinen ungünstig arbeiten. So hat man sowohl der Arbeitsmaschine als auch der Ausgestaltung des Werkzeuges besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und zwar mit ganz außerordentlichem Erfolge. Die beste Maschine würde natürlich nichts nützen, wenn das Werkzeug als solches nicht zweckentsprechend gestaltet würde. Auf diesem Gebiete hat der Betriebsingenieur noch reiche Aufgaben vor sich. Man findet in zahlreichen Werkstätten der Metallbearbeitung noch die Umstände, daß die einzelnen Dreher, Hobler usw. ihre Werkzeuge selber schleifen, manchmal sogar selbst geschmiedet haben. Da bei einem solchen Verfahren lediglich eine gefühlsmäßige Einstellung des einzelnen Mannes ausschlaggebend ist, nicht aber Erkenntnisse tieferer Art, die sich aus zahlreichen systematischen Versuchen ergeben, kann aus einem solchen Verfahren nichts Erprobliches erwartet werden. Der stellvertretende Betriebsingenieur organisiert in solchem Falle den Werkzeugbetrieb so, daß den einzelnen an den Werkzeugmaschinen tätigen Arbeitern die fertiggeschliffenen und nach bestimmten Regeln hergestellten Werkzeuge so in die Hand gegeben werden, daß er mit ihnen umfaßt ist, Höchstleistungen auf seiner Maschine zu erzielen. Dabei obliegt nicht einmal dem betreffenden Betriebsingenieur die Aufgabe, die günstigste Form selbst zu finden, sondern die Form zu übernehmen, die hierzu berufene Forscher und Praktiker als die günstigste festgestellt und der technischen Öffentlichkeit bekannt gemacht haben.

Eine wichtige Aufgabe der Betriebslehre ist hierbei auch die Auswahl der richtigen für den fraglichen Zweck geeigneten Werkzeugmaschinen. Zunächst handelt es sich hier um den Einkauf, der in vielen Werken noch durchaus unsachverständig vorgenommen wird, rein nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Zum mindesten sollte ein Kompromiß geschlossen werden zwischen den Forderungen des Betriebstechnikers und denen des Kaufmanns. Im allgemeinen erfüllt eine Werkzeugmaschine ihren Zweck, wenn sie durchgängig ist, also in ständig ist, geringende Spannungen auslöst, wenn ihre Bedienung einfach und ihre Betriebsbereitschaft gewährleistet ist, und wenn sie präzise genug arbeitet. Weiter bedingt ein gesunder Betrieb die Festlegung der Schnittgeschwindigkeiten, die der Maschine und dem Werkzeug gerade noch zugemutet werden können. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Betrieb und dem Kalkulationsbüro. Ohne Regeln in bezug auf Spannbrennungsgeschwindigkeiten kann eine gesunde Kalkulation nicht durchgeführt werden. Es ist Aufgabe der Betriebswirtschaft, eine zweckentsprechende Zusammenarbeit der im Produktionsprozeß stehenden führenden Kräfte mit dem Kalkulationsbüro zu erzielen. Hierbei muß unterstrichen werden, daß ohne feste Organisation des Kalkulationswesens kein Betrieb vorwärts kommen kann. (Schluß folgt)

**Sozialpolitik und Volksgemeinschaft.**

v. B. Seit den Tagen des vielfachen Zusammenbruchs des deutschen Volkes haben wir den Versuch gemacht, Er jetzt die Volksgemeinschaft wieder zu erneuern, nicht etwa in der Theorie und bloß der Idee nach, sondern als die lebendige, praktische Verwirklichung der Volksgemeinschaft, die gewillt ist, die Lasten eines verlorenen Krieges und einer Wirtschaftskrisis durch Revolution und Inflation in ausdauernder Geduld zu tragen und in Hingabe an das Ganze sich langsam, aber in zähem Ringen wieder emporzuarbeiten. Ja den Volkshat haben wir, aber die wahre Volksgemeinschaft? Fehlt sie uns als fiktive Verpflichtung nicht fast noch vollständig? Will ihrer Idee hängt aufs engste zusammen auch unsere Sozialpolitik. Gleich wie die Volksgemeinschaft so ist auch über die Sozialpolitik in den letzten fünf Jahren unendliches geredet, aber umsonst, in echtem Sinne gehandelt worden. Statt der Volksgemeinschaft haben wir den Parteibetrieb. Statt Sozialpolitik auch heute noch Manchestertum und Klassenkampf. Und was soll man dazu sagen, daß von einigen Wochen noch die Parteien der Linken bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums jene etatmäßige Arbeiterbeschäftigungsverordnung 1911 wahrer Orgien feierte? Hat es an sozialpolitischen Anträgen auch in diesem Reichstag seitens der Parteien nicht förmlich geregnet?

Die tiefste innere Unwahrhaftigkeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik, um bei dieser zu bleiben, behält die Bewältigung der in weiten, für den Fortgang der Sozialreform nicht

unwichtigen Kreisen vor dem Kratze schon vorhandenen Bestürzung, daß die Sozialpolitik, die doch als Frage der Heilung der sozialen Wunden am Gesellschaftskörper eine Sache der Volksgemeinschaft und höchsten Beden und ethischen Strebens sein sollte, heute unter dem Weltlauf, der um die Kunst der Sozialpolitik vom dem Nährwert der Wirtschaftsentwicklung teilweise schwer mitgenommenen unteren und unteren Volksschichten bezoglichen Parteien zu einer Angelegenheit der Parteipolitik und des Parteigeschäftes werden konnte. Und auf alle Fälle war es bezeichnend, daß von solchen, die sich aus tiefster Anlehnung am Werte der Sozialreform zu berufsmäßigem Schaffen bestimmt fühlten, gleichfalls vor dem Kratze wiederholt an die Parteien die Mahnung erging, dem parteipolitischen Weltlauf doch gewisse Zügel aufzulösen und sich bei der Formulierung parlamentarischer sozialpolitischer Anträge auf solche zu konzentrieren, die spruchreif und der Sympathie für sie in Betracht kommenden Faktoren und damit gegebenermaßen Annahme sicher seien. Eine solche Mahnung zu einem weisen Verhalten unter Ausschluß parteipolitischer Nebenbestrebungen scheint auch heute noch an Platze.

Wenn die Sozialpolitik eine fiktive Norm ist, der wird es umso angnehmer empfunden haben, daß auch die Distrikalisierung dieser Sozialpolitik durch die Massen der Wunden und eine veritable Gegendrücke ihrer Antipoden nicht haben verhindern können, daß mit beginnender Niedergang der deutschen Wirtschaft auch die Sozialpolitik wieder in ihre alten Rechte getreten ist. Die Schwierigkeiten, mit denen sie in den letzten Jahren unter dem hemmenden Druck der Inflation und der Wirtschaftskrisis zu rechnen hatte, treten mehr in den Hintergrund. Für das Maß der Sozialpolitik aber darf, und das wird gerade ihr wahrer Freund betonen dürfen, nicht übersehen werden, daß die Wirtschaft aus der sie doch schließlich schöpft, heute eine wesentlich andere ist, als diejenige vor 10 und mehr Jahren. Wenn es vor dem Kratze gelang, die deutsche Sozialpolitik nach den mannigfaltigen Richtungen hin zu einer Höhe zu erheben und auszubauen, die sich an die Spitze aller Weltstaaten stellte, so war das nur dadurch möglich, daß eine von Jahr zu Jahr noch höher werdende Wirtschaft die materiellen Grundlagen dazu bot. Die Aufwendungen für die sozialpolitischen Maßnahmen wurden in die Erzeugungsstoff der deutschen Waren hineinabkullert und so unter gleichzeitigen Bemühungen, diese immer mehr zu verringern und in sich auszugleichen, tragbar auf die sich vergrößernde Weltkonkurrenz. Fortschritte in der Wirtschaftsorganisation und Technik sorgten dafür, daß selbst bei abnehmender Arbeitszeit die Arbeitsverträge nicht zurückbleiben, im Gegenteil sich noch vermehrten. So kam in gewissem Sinne ein Fonds zusammen, aus dem die Sozialpolitik nehmen konnte, ohne daß man befürchten mußte, daß die Lebensmöglichkeit der deutschen Wirtschaft sowohl innen als auch nach außen hin bedroht würde. Soweit eine Sozialpolitik in größerem Maßstab die Gefahr einer Beeinträchtigung der Wirtschaft auf dem Weltmarkt in sich schließen konnte, sorgten internationale Abmachungen auch hier für einen Ausgleich, den wir erweitern und zu festigen das leidenschaftlich Bemühen der maßgebenden sozialpolitischen Kreise auch in Deutschland war.

Daraus geht hervor, die sozialpolitischen Aufgaben wachsen mit einer Wiederaufholung der deutschen Wirtschaft. Hinsichtlich der Schwierigkeiten, von denen oben die Rede war, ist aber noch folgendes zu beachten. Die Schwierigkeiten hängen auch damit zusammen, daß in weiten Kreisen der Wissenschaft und öffentlichen Meinung, die beide für Gang und Stand der Sozialpolitik nicht bedeutungslos sind, nach dem Kratze das vorwärtsdrängende Interesse geklungen war. Die ebenfalls oben schon angeführte Erwartungserwartung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete waren jedoch an dieser Krise der Sozialpolitik. Man wird auch hier die sichere Erwartung aussprechen dürfen, daß mit einer moralischen Gesundung unseres Volkes die Symptome für die Sozialpolitik sich wieder einstellen wird.

Sozialpolitik bedeutet aber nicht bloß materielle Zuwendungen durch soziale Schutz und soziale Fürsorge von Gesetzeswegen, sondern ebenso sehr die Pflege des sozialen Menschentums. Die Nachkriegszeit hat in Verbindung mit dem politischen Volkshüter den Wirtschaftshüter im Volkshat gebracht. Dieser Tatsache ist durch die Umkehr einer ökonomischen Demokratie reines Rechnung zu tragen. Nur die Betriebsführung wird auch von der Arbeitnehmerschaft für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau und eine nationale Wiederaufrichtung Opfer fordern dürfen, die dem Gebote der Wertung des Arbeitnehmers als eines vollen Wirtschaftsbürgers zu entsprechen gewillt ist. Die schon vor dem Kratze erstrebte, aber damals immer noch verjägte Einordnung des Arbeitnehmers in Staat und Wirtschaft darf nicht widerwillig hingenommen, sondern sie muß als eine berechtigte Forderung einmüßig angenommen werden. Der sozial getretete Arbeitnehmer wird auch bereit sein zu voller Pflichterfüllung gegenüber der Volksgemeinschaft. Zur Pflege des sozialen Menschentums gehört aber nicht nur Sozialpolitik, sondern auch die Karitas. Hat es nicht öfters vor dem Kratze scheitern wollen, als ob manche bereit seien, der Sozialpolitik eine grundsätzliche Präponderanz vor den Werten der u. G. nicht minder wichtigen, menschlich noch mancher Richtung hin wertvolleren Liebestätigkeit einzuräumen?

Ueber Sozialpolitik sollte man nicht so unendlich viel reden, wie es tatsächlich geschieht, sondern handeln. Dinge ihr Stand, insbesondere auch der Grad der sozialen Genußnahme, vom Reden ab, dann müßte es in der Tat bei uns mit der Sozialpolitik aufs beste bestellt sein. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten sich nicht in unüberwindlichen Arbeitsschichten und Verallgemeinerungen über „soziale Reaktion“ und „rückwärtslose Sozialpolitik“ ereifern, sondern in gegenseitiger Pflichterwundtheit einander näher zu kommen suchen. Darauf müssen vornehmlich auch die Geschäftsführer der Verbände hinarbeiten. Nur so kann die Sozialpolitik zu einem aufbauenden Element werden und der Wirtschaft wie der nationalen Volksgemeinschaft ihre Dienste leisten.

**Ein Mann, der auf dem Monde lebt.**

Es gibt schreibessüchtige Leute, die das vielgestaltige Leben mit allen Verhältnissen und Erscheinungen lediglich als Objekt ihrer schriftstellerischen Tätigkeit betrachten und die besonders gerne Aufsätze schreiben über Dinge, die zu verstehen sie sich keine Mühe geben. So öffnet in der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ (8. 1925) Dr. von Scheuen, die Hinführung der „Schlichtung“ und macht dann gleich die seltsame Entdeckung, die wohl nur bei ihm selbst zutrifft, daß die Löhne und Gehälter die Friedenshöhe an Kaufkraft bereits vielfach überstiegen hätten. Von der Profitrate einzelner Unternehmer und Händler, die höher sein mag als vor dem Kratze, nun einfach auf die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer zu schließen, ist schon mehr als trivial zu einer Zeit, wo selbst die Arbeitgeber das erbärmliche Hungerleben zahlreicher Arbeiterfamilien zugeben. Bisher hätte man, daß die geschwächte Wirtschaft keine Lohnerhöhung ertrage, und jetzt staunt man über die neue Weisheit. Nun ja, was man nicht beweisen kann, behauptet man einfach. Es gibt immer Interessenten, die das gerne glauben. Aber man denke gar nicht, daß man das schwierige Lohnproblem mit leichtfertigen Hohn zu lösen vermag, und man studiere lieber die wirklichen Verhältnisse, damit der Weg zur Arbeits- und Volksgemeinschaft nicht mit neuen Gegensätzlichkeiten verbaunt wird. Die fast naive Freude des Herrn v. Sch. darüber, daß die Schlichtungsausschüsse neuerdings den berechtigten Forderungen der Gewerkschaften auf Erziehung angemessener Löhne einen starken Widerstand entgegenzusetzen, ist völlig deplatziert, wie auch seine Ausführungen über das Schlichtungsverfahren ebenso wirkungslos wie belanglos sind. Es müßten, schreibt er, die Gewerkschaften, deren Bestrebungen die derzeitigen Schlichtungseinrichtungen ja eigentlich überhaupt ihre Existenz verbanken, zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie sich auch dann mit dem Ergebnis eines von ihnen eingeleiteten Schlichtungsverfahrens zufriedengeben müßten, wenn der Erfolg ein negativer wäre. Die Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsordnung sollten deshalb dergestalt abgeändert werden, daß ein abgeschlossenes Schlichtungsverfahren nur dann erneuert werden darf, wenn beide Parteien einen befristeten Antrag stellen. Einen solchen Widerspruch in sich auch nur auszusprechen, zeugt von einem erschütternden Mangel an Beobachtungsgabe der einfachsten Erfahrungstatsachen. Oder aber wollte der Artikel-schreiber bemüht auf die völlige Befähigung der Schlichtungsordnung hinarbeiten. Dann hat er es sehr bumm angefangen.

**Transporteinrichtungen in amerikanischen Fabriken.**

So sehr man manche technische Neuerung aus Amerika schätzen mag, wo sie dazu führt, den Arbeiter zu einem Mechanismus zu machen, ist sie abzulehnen. Aus welchem hier angegebene Maßnahmen wir zwar noch lernen.

Neben der Ausbildung der Werkzeuge und Werkzeugmaschinen ist die Frage des Transportes der Werkstücke während des Arbeitsganges eine der wichtigsten in der wissenschaftlichen Betriebsführung. Eine ganz besondere Bedeutung gewinnt diese Frage in der Massenfabrikation. In dieser Beziehung ist uns Amerika, wie überhaupt auf dem Gebiete der Massenherstellung, weit voraus; es braucht nur auf den Namen Ford hingewiesen zu werden.

Der Grundgedanke der Transporteinrichtungen in Amerika ist überall gleich: die Arbeit soll möglichst nirgends liegen bleiben, womöglich sollen nirgends Transportwege angreifen, aber auf keinen Fall darf der produzierende Arbeiter Zeit durch Warten oder Hertaufen verlieren. Daher muß man auch die Revision in den Arbeitsgang fest eingliedern, und der „fliegende“ Revolver, der im Rundgang nach jeder zweiten, dritten oder vierten Arbeitsstufe an das Stück herantritt, ist die übliche Einrichtung, wenn die Menge nicht so groß ist, daß der Revolver wie bei Ford keinen festen Platz im laufenden Arbeitsgang hat.

Das gleiche gilt übrigens für das Heranschaffen und Vertellen der rohen, halbfertigen und fertigen Einzelteile von Sammelplätzen an die nächste Gebrauchsstelle. Je nach dem Umfang der Erzeugung benutzt man dann die Transportketten, die vereinigten Wagensystem und Sentrierte-Fördervorrichtungen, die Schwerkraftförderer zwischen den Maschinen, die fahrbaren Aufnahmestellen usw., die Elektrofahren, Schichtströme und Elbeschere. Alle diese Geräte räumen mit den Zwischenlagern und Stapelplätzen gründlich auf, wenn es auch ein Irrtum ist, zu glauben, daß man sie gänzlich entbehren könne. Das kann auch Ford nicht; denn es gibt keinen Betrieb, wo nicht Störungen vorkommen.

Zu jeder Transportvorrichtung, die mit dem Zusammenbau des Fabrikates verbunden ist, gehören bestimmte Reizen. Der Mann an der Kette unterbricht z. B. seine Arbeit aus irgendwelchen Gründen. Dann tritt bei kurzer Unterbrechung der beschäftigten Meister, bei längerer ein Reservemann, der die Arbeit kennt, für ihn ein, der inzwischen mit anderen Dingen beschäftigt wird. Je häufiger die Transportkette so stehen an den gefährlichsten Plätzen so viele halbfertige Teile aller Art zur Verfügung, daß sich die Störung auf eine kleine Gruppe beschränkt, bis der Schaden an der Kette durch eine besonders geübte Schar von Schloßern ausgebessert ist. Wie ungeheuer die Kette die Arbeiten beschleunigt, zeigt sich daran, daß bei Ford ein früh ankommendes Rohstück am nächsten Mittag fertig bearbeitet im Kraftwagen eingebaut die Fabrik verläßt. Ford setzt also sein Kapital in zwei Tagen einmal über 150mal im Jahre um. Was das für die Rentabilität eines Unternehmens bedeutet, zeigt der Vergleich mit dem Werkzeugmaschinenbau, der sehr zutrifft, wenn sein Jahresumschlag das 1,5- bis 2fache Kapital erreicht. Inbezug auf Transpor-

**Die Bedeutung der Funktechnik.**

Von Erich Schmidt.

Der europäische Fernverkehr wird so bewältigt, daß man zwischen Deutschland und bisher zwölf europäischen Staaten Fernverkehrsleitungen hat, auf denen sich der Verkehr zu bestimmten Tages- und Nachtstunden je nach Bedarf abspielt; wahrheitsgemäß wird man in Kürze bei den hauptsächlichsten dieser Fernverkehrsleitungen mit einem ununterbrochenen Dienst rechnen können. Auch hier ist der Vorteil des Fernverkehrs offensichtlich: die Telegramme können bedeutend schneller als auf dem Drahtwege befördert werden und brauchen nicht untelegraphiert zu werden, wodurch Verzögerungen und Entstellungen vermieden werden. Hierbei ist zu beachten, daß der Verkehr auf dem Drahtwege nur zum geringsten Teil bewältigt werden konnte, da der Zustand sämtlicher Drahtleitungen erheute sehr gelitten hat und dem steigenden Verkehrsbedarf durch Neuanlagen nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen werden konnte. Mit Spanien fehlt z. B. jede unmittelbare Drahtverbindung, hier fehlt überhaupt nur der Funkweg offen, der deshalb in erstem Maße in Anspruch genommen wird. Das deutsch-europäische Funknetz ist natürlich noch gar nicht abgeschlossen, da es nicht in seiner Ausdehnung und Verbesserung gearbeitet. So z. B. ist in nicht allzuerner Zeit damit zu rechnen, daß auch nach den nördlichen Staaten, Schweden und Norwegen, eine direkte Fernverbindung geschaffen wird. In den europäischen Fernverkehrs teilen sich Fern- und Königsmuster als Schutzstellen, und zwar so, daß Spanien, Italien,

Rumänien und Rußland über Fern bedient werden. Estland, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Oesterreich, Lettland und Großbritannien durch Königsmusterhalten. Für die Niederlande arbeitet Hamburg als Gegenstelle. Als Empfangsstelle für die durch Fern bedienten Staaten ist Weltweit, für die durch Königsmusterhalten bedienten Jektendorf. Die Send- und Empfangsstellen besitzen eine große Zahl von Sendern und Empfängern, so daß mit vielen Funkstellen gleichzeitig verkehrt werden kann. Königsmusterhalten z. B. besteht zur Abmilderung des ihm zugeleiteten EuropaDienstes wie des innerdeutschen Verkehrs und einiger Sonderdienste mehr als zwanzig Sender, die gleichzeitig betrieben werden können.

Wir kommen nun auf das Reichsfunknetz zu sprechen, das in der Art seiner Organisation, wie seines Umfanges, mit den äußeren zahlreichen festeren Verbindungen einzig in der Welt dasteht. Gewiss muß zugegeben werden, daß unser ausgebreitetes Reichsfunknetz mit eine Folge der innerdeutschen wirtschaftlichen Umwälzungen (Inflation) ist, und daß wir die schnelle Entwicklung des Reichsfunknetzes in erster Linie diesen Umwälzungen mit der an sich weilenden Flut der Telegramme, denen die bestehenden Telegraphenverbindungen überhaupt nicht gewachsen waren, zu danken haben. Heute ist das Reichsfunknetz von unüberwindbarem Werte für uns, da dessen Telegramme bedeutend schneller laufen, als die auf dem Drahtwege beförderten und zudem dem Reich nicht die Kosten verursachen, wie es der Drahtverkehr tut. Das Reichsfunknetz gliedert sich in zwei voneinander unabhängige Gebilde, das Verkehrsnetz und das Empfangsnetz. Während im ersten ein normaler Gegenverkehr zwischen Berlin und achtzehn Reichsstädten möglich ist, stellt das zweite eine Rag-

richtenverbreitung durch einen Zentralfender an eine große Zahl von Empfangsstellen dar. Das Verkehrsnetz repräsentiert sich in erster Linie als eine Entlastungseinrichtung für die Drahttelegraphie, dann wurden aber alle besser bezahlten sowie alle dringenden Telegramme ausgelastet und dem Fernverkehr übergeben. Hauptstück dieses Reichsfunknetzes als Zubringer für die mit den europäischen und Ueberseeestaaten in Verbindung stehenden Funkstellen flauen, Ebene und Königsmusterhalten, die sämtlich über Berlin ferngesteuert werden, betrachtet, ebenso wie es die auf Funklinien von außerdeutschen Staaten eintreffenden Telegramme auf dem Funkwege den Reichsstädten zubringt, die Empfänger sind. Eine besondere Aufgabe hat das Verkehrsnetz in den Fällen zu erledigen, in denen Drahtverbindungen aus technischen oder Witterungsgründen versagen oder aus politischen Gründen zerstört werden. In diesen Fällen ist zwischen den so verkehrstschwierig getrennten Gebieten eine sichere Neuverbindung durch das Verkehrsnetz möglich. Das zum Reichsfunknetz gehörende Empfangsnetz hat den Zweck, die runden Rundfunk zu übernehmen, durch den Bekanntmachungen, amtliche Nachrichten usw. einer sehr großen Anzahl von mit Empfangsanlagen ausgerüsteten Behörden und Städten dauernd zugeführt werden. Neben diesen Reichsfunknetzen besitzt Deutschland ein sehr ausgedehntes Außenfunknetz, das zum Teil der Reichspost, zum Teil der Marine und einigen Ländern gehört. Die Außenfunkstellen der Reichspost dienen ausschließlich dem öffentlichen Verkehr, die übrigen Außenfunkstellen verkehren ihn, soweit sie nicht durch ihre Sonderaufgaben daran gehindert werden. Sämtliche Außenfunkstellen geben Telegramme aus dem Reich an Schiffe in

anlagen an sich, Heizung, Lüftung und dergl. sind gut eingerichtete deutsche Fabriken den amerikanischen ebenbürtig, in Bezug auf die reflektierte Durchführbarkeit der Arbeit in der oben beschriebenen Art des konstanten Flusses ist Amerika wohl allen Ländern der Welt überlegen.
Ingenieur J. Fröhen.

### Verbandsgebiet

#### Jahreskonferenz des 2. Bezirks-Hagen

Wett früher, wie sonst üblich, fand die diesjährige Bezirkskonferenz schon am 15. März in Hagen statt. Von den 22 Ortsverwaltungen waren 72 Delegierte entsandt. Der Hauptvorstand war vertreten durch die Kollegen Wieber und Schmück, sowie den Hauptorganisierer Hegemann. Außerdem nahmen teil, der Vorsitzende der evangelischen Arbeitervereine, Kollege Laubenburg und der Vertreter der Deutschen Volkshand, Schmück-Essen. Nach einer kurzen Begrüßung wurde der Jahresbericht vom Bezirksleiter, dem Kollegen Tief erstattet. Im ersten Teil des Berichts wurde die Lage der Wirtschaft gekennzeichnet, die unter den Folgen der Inflation, Befreiung des Ruhrreviers usw. stark zu leiden hatte. Die Arbeitslosigkeit war besonders stark im Siegerland und dem angrenzenden Sill- und Lahneggebiet, sowie in Hagen-Schwelm. Zu Anfang des Jahres 1924 wurden von den in Frage kommenden Verwaltungsstellen 47.700, am Jahreschluss noch 11.317 Arbeitslose gemeldet. Gut beschäftigt war die Emaille- und Fahrzeugindustrie. Zu Ende des Jahres war durchweg ein Ansehen der Konjunktur festzustellen, mit Ausnahme der in Hamm, Pippstadt, Belvedere, Altena und Hagen-Schwelm vertretenen Draht-, Industriearbeitszeit und Konfragen waren Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. In Hagen-Schwelm, Altena, Siegen, Mendel, Heilum, Witten, Pippstadt u. a. Bezirken kam es zu Aussperrungen und Streiks. Die Gegenseite zum Tarifvertrag zeigte sich besonders in Altena, wo der Arbeitgeberverband keine Tarifunfähigkeit beschloß, um nicht doch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen einen Vertrag anerkennen zu müssen. Insgesamt wurden 177 Bewegungen geführt gegen 2.057 im Jahre 1923. An Tarifverträgen sind in Geltung 58.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren den Gewerkschaftsgegnern günstig. Unterstützt wurden deren Pläne durch solche Arbeiter, die nicht aus innerer Überzeugung zur Organisation standen, denen Solidarität, gewerkschaftliche Treue und Opferbereitschaft unbekante Begriffe waren.

Heute gibt es kaum noch einen denkfähigen Arbeiter, der nicht anerkennt, daß die Gewerkschaften im Jahre 1924 das denkbar Möglichste getan, große Erfolge erzielt haben. Dennoch die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, geringe Entlohnung, bittere Not nach werden liegen, es fehlte nirgendwo an Kollegen, die schon dafür sorgten, daß die Organisation nicht zerfallen würde. Mittelbewegung, finanzielle Entwicklung u. a. zeigten die Spuren der Krisenzeiten, aber auch die der Gesundung und des Aufstiegs, wenn die letzten Ergebnisse des Jahres 1924 betrachtet werden.

Im Anschluß an den Jahresbericht referierten die Kollegen Wetter-Berndt über Tarifvertragsgesetz, Schrager-Olpe über die Stellung des Verbandes zur Arbeitszeitfrage. In der Aussprache fand die geleistete Arbeit ihre Anerkennung. In zwei Einzelfragen wurde die Stellung des Verbandes zum Tarifvertrag und zur Lohn- und Arbeitszeitfrage zum Ausdruck gebracht. Der Vertreter der Deutschen Volkshand, Schmück-Essen, zeigte die Bedeutung dieses Unternehmens für die Arbeiterschaft und bat überall mit der Errichtung von Annehmlichkeiten vorzugehen. Unser zweiter Verbandsvorsitzende, zeichnete kurz die uns gegenwärtig obliegenden Aufgaben und verlangte mehr Schulung. Besonders unserer „Der Deutsche“ als Organ zur Schulung und Aufklärung von unseren Vertrauensmännern benützt werden. Über die Finanzlage des Verbandes unterrichtete dann der Kollege Wieber, und zeigte, warum die heute geltende Finanzpolitik dringend notwendig ist. In großen Zügen entrollte der Kollege Wieber ein Bild vom Stande der deutschen Wirtschaft. Im Verein mit der Technik müssen Arbeitnehmer und Arbeitgeber alles tun, um Leben und Gesundheit des Volkes zu schützen. Wir wollen und dürfen den Mut nicht sinken lassen, den vielen Worten muß die Tat folgen. Notwendig ist die Einigkeit und verlangt muß werden, ein stärkeres Vertrauen zur Führung.

Unter lebhaftem Beifall der Versammlung, vernichtete unser Verbandsvorsitzender die beschämende und gehässige Art, wie von bestimmter Seite der Kampf gegen leitende Kollegen des Gesamtverbandes geführt wird, die den Mut haben, ihre eigene Meinung zu vertreten.

Die politische und religiöse Neutralität muß auch weiterhin ihre Beachtung finden, ein gegenseitiges Verstehen und Achten ist notwendig. Im Schlusswort wurde dem Kollegen Wieber der Dank für seine Hingebenden und überzeugenden Ausführungen erstattet und in einem Hoch auf den Verband, das Gelöbnis zum treuen Festhalten und zur Mitarbeit zum Ausdruck gebracht.

#### Die Siegerländer Unternehmer gegen die Verkürzung des Arbeitszeit in den Hochofenbetrieben.

Der Christliche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Bendorf-Wissen hatte vor kurzem in Wissen und in Herdorf, seine Mitglieder, besonders aber die Hochofenarbeiter, eingeladen, um gegen die neueste Forderung der Siegerländer Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit in den Hochofenbetrieben ab 1. April nicht einzuführen, zu protestieren. Der große Soldatenkeller Saal in Wissen war voll besetzt, auch die anderen Versammlungen waren durchweg gut besucht. Kollege Gerhardus als Verbandsstellenleiter erstattete einen übersichtlichen Bericht über die derzeitige Wirtschaftslage, gab einen kurzen Rückblick über den Verbestand der Arbeitszeiterordnung vom Jahr 1923 und schied schließlich insbesondere die Bemühungen des Christlichen Metallarbeiterver-

bandes um eine kürzere Arbeitszeit in der Schwerindustrie wieder zu erlangen. Unverkennbar war durch die Verordnung des Reichs-arbeitsministers, im Januar dieses Jahres die dreigeleitete Schicht auf den Hochofenwerken ab 1. April wieder einzuführen, der Grund für die Regierung maßgebend, ein schreiendes Unrecht zu beseitigen unter dem die Hochofenarbeiter am meisten zu leiden haben. Es sind nicht Ausnahmefälle, sondern erhebliche Teile der Arbeiterschaft des Siegerlandes die 18-17 Stunden durch die jetzige lange Arbeitszeit von ihrer Familie fern sind. Dergleichen haben wir Werte im Siegerland, darunter auch die Arbeiterbewegung in Wissen, wo die Hochofenarbeiter nur alle 14 Wochen einen freien Sonntag haben. Nun konnte das Inkrafttreten der Verordnung, wenn eine schwere Gefährdung der Gewerbebezugs durch die Befürchtung war von der obersten Landesbehörde hinausgeschoben werden. Durch Schreiben vom 8. März teilt das Handelsministerium dem Christl. Metallarbeiterverband mit, daß es von seiner Befugnis keinen Gebrauch zu machen beabsichtigt. Eine schwere Gefährdung der Arbeiterbetriebe durch die Verordnung wird demnach auch vom Preussischen Handelsminister nicht anerkannt. Eine Verkürzung des Achtstundentages in den Hochofenbetrieben kann in der Zukunft nur durch tarifliche Vereinbarung oder behördliche Zustimmung, wenn diese aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist, erfolgen. Die Siegerländer Hochofenwerke haben nun durch ihre Vertretungen: 1. des Arbeitgeberverbandes, 2. der Siegerländer Handelskammer, 3. des Berg- und Hüttenmännlichen Vereines beantragt, bei der Regierung die Siegerländer Hochofenwerke nicht unter die Verordnung zu stellen. In einer längeren Begründung erklären sie, die ganze Siegerländer Industrie sei gefährdet, wenn ab 1. April die Verordnung auch für das Siegerland durchgesetzt würde. Im Interesse des Gemeinwohls müsse deshalb eine Verlängerung des derzeitigen Zustandes statgefunden werden. In Siegen haben für den Regierungsbezirk Arnsberg unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Radenbitt schon Verhandlungen darüber stattgefunden, in der die Metallarbeiterverbände auch gehört wurden. Eine Entscheidung ist bisher noch nicht gefallen. Wir als Metallarbeiter haben alle Ursache, gegen das Vorhaben der Siegerländer Unternehmer zu protestieren. Nach Berichten der Siegerländer Handelskammer waren die Siegerländer Werke im Jahre 1918 mit 5 Prozent an der Gesamtproduktionzeugung Deutschlands beteiligt. Heute mag es anders sein, da wir Oberelben, Elbschloßungen und das Saargebiet verloren haben. Die Hochofenwerke des Siegerlandes haben sich während des Krieges, besonders aber in den Inflationsjahren besser einrichten können. Die Produktionsbedingungen und Ergebnisse sind gegen 1918 erheblich besser geworden. Keine Hochofenwerke sind nur wenige vorhanden, die meisten gehören größeren Konzernen an, die ihren Eisenbedarf aus eigenen Gruben decken, in Stahl- und Walzwerken und weiterverarbeitender Industrie ihre Produktion verarbeiten und veräußern können. Heute sind die Hochofenwerke des Siegerlandes Kraft- und Energiequellen für elektrischen Strom in der besseren Ausnutzung des Hochofengases.

Der Bedarf an Strom in den eigenen Gruben wird damit gedeckt und große Mengen werden an das Elektrizitätswerk Siegerland abgegeben. 130.000 bis 140.000 kw. elektrischen Strom werden schon täglich auf einem Hochofenwerk erzeugt. Durch diese Umstellung der Betriebe, die naturgemäß zur Mehrleistung von Arbeitern führt, ist es möglich, daß die Leistung pro Kopf der Belegschaft zurückgegangen ist. Andererseits konnten wir feststellen, daß die Tonnerzeugung gegen 1913 erheblich gesteigert werden konnte. Der Betriebsvorgang in einem Hochofenwerk spielt sich daher viel flotter ab wie früher. Die einzelnen Arbeiter, Erzlaher, Gichter, Koksaher, Schmelzer, werden dadurch erheblich mehr angestrengt wie früher. Die Krankheitsziffern beweisen, wie schädlich die Wirkungen sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch die jetzige Ausnutzung der Arbeitskraft, die nachweisbar eine frühe Invalidität der Hüttenarbeiter im Gefolge hat, das Gemeinwohl in erheblichem Maße gefährdet wird. Kindererziehung und Familienfuss, Erb- und Grundbesitzer christlicher Kultur kann nicht gepflegt werden, wenn der Familienvater nur Schlafgänger und Sonntags nicht zu Hause ist. Die ewigen Klagen der Siegerländer Unternehmer bringen auch keinen Fortschritt, verlangen eher den Verderb aufstiegender Kultur, und das Festhalten am Alten, Erstarrung in der Regamkeit, führt uns nur tiefer in den Sumpf. Ein Hinwegschieben der Verordnung würde darum auch nur privatarbeiterlichen Interessen dienlich sein. Was in anderen Ländern möglich, in anderen Industriebezirken leicht durchgeführt wird, muß auch für das Siegerland möglich sein. Die letzten Jahre mit ihren Krisen, dem Kohlen- und Rohstoffmangel, der Inflation mit ihren üblen Erscheinungen können nicht als Wertmesser in der Beurteilung der Produktivität und der Unrentabilität des Achtstundentages herangezogen werden. Gab es doch Zeiten, wo ein langwames Blasen des Hochofens dem Unternehmer den meisten Gewinn brachte. Das Siegerland wird heute teilweise als Notstandsgebiet anerkannt. Die Siegerländer Arbeiter leiden aber nachweisbar unter schlechten Verhältnissen. Der Tariflohn eines Facharbeiters beträgt im Siegerland 0,53 Mark, während derselbe Facharbeiter an der Ruhr 0,66 Mark pro Stunde erhält. Auch in der Bemessung des Urlaubes steht der Siegerländer Arbeiter weit hinter dem Urlaub, den die Arbeiter anderer Bezirke erhalten. Seit einem Jahr haben die Hochofenarbeiter bei künftlichem Verdienst, unter den drückendsten Verhältnissen die Zwölfstundenschicht verlassen. Die Hochofenarbeiter würden es heute nicht verstehen, wenn die untere Regierungsorgane eine befristete Verlängerung der Zwölfstundenschicht im Siegerland zumilligten. Von den Siegerländer Unternehmern erwarten wir eine sozialere Einstellung, wenn nicht der Wirtschaftskrisis ernstlich gefährdet werden soll. Wir wollen Gleichberechtigung, wir wollen als Menschen leben und wirken können, denn nur dann kann die Wirtschaft und das deutsche Volk gesund sein. An alle Mitglieder ergeht der Appell, ihren Verband finanziell und durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken. Der letzte unorganisierte Arbeiter muß hinein in die Organisation, damit wir für alle Fälle bereit sind. Reiches Beifall

löhnte den Redner. In der Aussprache kam allseitig der Wille zum Ausdruck, auf keine Sonderabmachungen einzugehen und nichts ohne die Organisation zu unternehmen. Die Versammlungen brachten den Beweis, daß der Christl. Metallarbeiterverband das Vertrauen der Siegerländer Arbeiter hat und daß er in der Ermäßigung einer kürzeren Arbeitszeit führend ist.

München. In der bayrischen Hauptstadt spielte bis in die Zeit die Industrie nicht die Rolle, wie in sonstigen Großstädten Deutschlands. Kunst, Handel und Gewerbe verließen der Stadt eine gewisse Eigenart, etwas Bodenständiges. Der Münchener Typ ist nicht der reiche Patron, auch nicht der verblendete Profittarier, sondern der Bützgersmann, der „Drei-quarterlehnarbeiter“. Wenn auch die letzten Jahre starke Veränderungen in der Münchener Wirtschaft brachten, die Industrie, teilweise sogar künstlich, treibhausartig, gefördert wurde, so ist doch festzustellen, daß manche industrielle Spekulationspflanze inzwischen verdarbt ist, während das uns vor allem interessierende Gewerbe (einschließlich Kunsthandwerk) und die Kleinindustrielle Qualitätsindustrie (Feinmechanik und Optik) wieder zu blühen beginnt. Dabei gewinnen auch die hier vielfach abgeschlossenen handwerksmäßigen Tarifverträge, die zum Teil noch in der Vorkriegszeit entstanden sind und inzwischen weiter ausgebaut wurden, erhöhte Bedeutung. Unsere Organisation ist in München an 5 Industrie- und 11 handwerksmäßigen Tarifverträgen beteiligt, darunter bei 3 als alleinvertretender Tarifvertragsrat auf Arbeitnehmerseite. Nachstehend sei versucht, die wichtigsten Positionen aus diesen Verträgen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist überwiegend so geregelt, daß bei grundsätzlich anerkannter 48-Stunden-Woche der Arbeitgeber bei wirtschaftlicher Notwendigkeit bis zu 6 aufschlagstreife Ueberstunden anordnen kann, bei einigen Branchen (Schlosser, Spengler) werden jedoch von der 48. Stunde bereits Zuschläge 15 Prozent) bezahlt. Die Lohn- und Urlaubsfragen sind wie folgt festgelegt (es gilt der Lohn für selbständige Facharbeiter):

|                                |            |                   |           |
|--------------------------------|------------|-------------------|-----------|
| Industrietriebe:               | 3 die Std. | Soz. Zul. d. Std. | Urlaub    |
| Metallindustrie (Großstadt)    | 69-75,6    | 1-2               | 3-12 Tage |
| Metallindustrie (Provinz)      | 67-63      | f. Frau u. j. R.  | 8-8 Tage  |
|                                |            | Berth.-Zul.       |           |
| Elektrizitätswerke Südbayern   | 66         | 8                 | 3-14 Tage |
| Chemische Industrie            | 71-72      |                   | 3-12 Tage |
| Intern. Schlafwagen-Gesellsch. | 78-84      |                   | 4-12 Tage |

|  |       |  |           |
|--|-------|--|-----------|
| Handwerkertarife:                        |       |  |           |
| Spengler, Installateure und Kupferbleche | 100   |  | 2-7 Tage  |
| Bau- und Kunstschlosser                  | 76    |  | 2-7 Tage  |
| Wagen-, Schmiede, Automed.               | 80    |  | 3-8 Tage  |
| Elektronenteur                           | 73-76 |  | 3-12 Tage |
| Chirurgiemechaniker                      | 73-76 |  | 3-10 Tage |
| Gold- und Silberbleche                   | 78    |  | 3-12 Tage |
| Ofen- und Herdgeschloßer                 | 76    |  | 2-12 Tage |
| Metallgewerbe Fälscherfahrbau            | 76    |  | 3-8 Tage  |

|  |                 |                    |                  |
|--|-----------------|--------------------|------------------|
| Wochenlöhne:                                     |                 |                    |                  |
| Uhrmacher bei 54stünd. Arbeitsw.                 | 46,00 Mk.       | Soz.-Zul. 5,00 Mk. | Urlaub 3-12 Tage |
| Büchsenmacher bei 50stünd. Arbeitsw.             | 45,00 Mk.       | Soz.-Zul. - Mk.    | Urlaub 2-12 Tage |
| Zigarettenmaschinenherst. bei 48stünd. Arbeitsw. | 45,10-58,50 Mk. | Soz.-Zul. 1,50 Mk. | Urlaub 6-12 Tage |

Für das Metallgewerbe Fürstendfeldbruck, dann für die Münchener Uhrmacher und Büchsenmacher ist auf Arbeitnehmerseite unser Verband alleiniger Tarifkontrahent. Die Lohnverträge, wie Metallindustrie in Großstadt und Provinz, Spengler usw., Schlosser und Elektromonteur laufen demnach ab oder sind bereits abgelaufen, die mehreren gelten auch noch für April und Mai. Im allgemeinen ist seit Januar 1924 eine 50prozentige Lohnsteigerung bei den einzelnen Gruppen zu verzeichnen, so daß der gewerkschaftliche Erfolg klar offen liegt. Die Münchener christlichen Metallarbeiter drängen stark auf Abschluß von Wochenlöhnen mit Bezahlung von Feiertagen, um dem Lohnneinkommen eine größere Gleichmäßigkeit zu verleihen. Diesem Bestreben blühte bisher weitest Erfolg. Dort, wo die Gruppen restlos bei uns organisiert sind, wie bei Uhrmacher und Büchsenmacher, wurde es erzielt, in anderen Gewerben wurde wertvolle Vorarbeit geleistet. W. B.

### Vertrauensleute!

Haltet unsere Zeitung

## „Der Deutsche“

wenigstens zu zwei oder drei und sorgt dafür, daß sie in Gasthöfen und beim Friseur aufsteht. Agitiert dafür auch in Bekanntschaften.

2 Goldmark eine Genehmigungsurkunde erwidert, die ihn zum See weiter und nehmen Schiffs-Telegramme entgegen, außerdem dienen sie der Verbreitung der Wetternachrichten, nautischen Nachrichten, Sturmwarnungen und dergl. Als direkte öffentliche Rüstungsfunktion arbeiten Norddeich, Curhanen und Swinemünde; Norddeich ist die wichtigste von ihnen. Sie ist mit modernen Sendern ausgestattet, und hat in westlicher Richtung eine Reichweite bis kurz vor Newyork, in südlicher Richtung eine solche bis fast nach Pernambuco. Norddeich hat bei der Amerikafahrt des 3. K. S. unschätzbare Dienste geleistet. Die Reichweite dieser Rüstungsfunktion spielt eine große Rolle für eine direkte Uebermittlung von Telegrammen an Amerikadampfer, die dadurch, daß diese Dampfer fast während der ganzen Fahrt erreicht werden können, ohne Umtelegraphieren, das zeitraubend und kostspielig wäre, möglich ist. Die Funkstellen an der Ostsee und Willau, verbreiten außerdem täglich zweimal einen besonderen Ostsee-Wetterdienst, der von der Deutschen Seewarte auf Grund örtlicher Beobachtungen, die der Seewarte auf dem Funkwege mitgeteilt wurden, ausgearbeitet wird.

In funktentelephonischen Rundfunkdiensten bestehen neben dem Unterhaltungsgrundfunk der Wirtschaftsrundfunk und der Pressegrundfunk. Der Wirtschaftsrundfunk vorbereitet durch einen großen Zahl von Rundfunkstationen in Königsberg, Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, München, Frankfurt a. M., Königsberg, Münster und Breslau Rundfunksende errichtet worden, die der Reichspost unterstehen, die sie auch in technischer Beziehung betreibt, und für deren Besprechung besondere Sendegesellschaften zu bilden haben, die fast den ganzen Tag mit ihren Programmen füllen. Die Teilnahme am Unterhaltungsgrundfunk ist jedem Deutschen möglich, der bei seinem Postamt gegen eine monatliche Gebühr von 1,20 Mark ein von den zugelassenen Programmen festzustellen und mit

in verschlüsselter Form durch den Königsbergerfunk Telephonierender verbreitet; sie werden von den Teilnehmern durch besondere Empfangsapparate, die sie gegen eine bestimmte Gebühr erhalten, aufgenommen. Der Wirtschaftsrundfunk stellt für die beteiligten Handelskreise eine äußerst wichtige Einrichtung dar, da hierdurch alle geschäftlichen Abschlüsse sehr erleichtert werden. Der Pressegrundfunk wird vom Volkischen Telegraphenbüro und der Telephonier-Union unter Benutzung von Telephonierstationen durchgeführt; alle angeschlossenen Zeitungen sind zur Aufnahme bereit. Die Nachrichten werden sofort nach Bekanntwerden verbreitet, so daß alle Zeitungen in jeder beliebigen Stadt genau so schnell in den Besitz der Depeschen gelangen, wie die großstädtischen Zeitungsredaktionen. Was das für die Presse bedeutet, wird der recht ermessen können, der das kurzlebige Dasein der Presse kennt und zu würdigen weiß. Zur Verbreitung gelangen ferner wichtige Nachrichten, politische, wirtschaftliche, finanzielle Meldungen, Mitteilungen über besondere Ereignisse, Handels- und Parlamentsberichte und dergleichen.

Der Unterhaltungsgrundfunk schließlich, versorgt das ganze Volk auf funktentelephonischem Wege mit künftlicherer und erheiternder Unterhaltung und Belehrung. Zu diesem Zweck sind in Berlin, Hamburg, Leipzig, Stuttgart, München, Frankfurt a. M., Königsberg, Münster und Breslau Rundfunkstationen errichtet worden, die der Reichspost unterstehen, die sie auch in technischer Beziehung betreibt, und für deren Besprechung besondere Sendegesellschaften zu bilden haben, die fast den ganzen Tag mit ihren Programmen füllen. Die Teilnahme am Unterhaltungsgrundfunk ist jedem Deutschen möglich, der bei seinem Postamt gegen eine monatliche Gebühr von 1,20 Mark ein von den zugelassenen Programmen festzustellen und mit

R. T. B. gestempelten Hörgeräten oder zum Selbstbau eines Detektorempfängers ohne Röhren berechnigt. Wer auch Hörerapparate selbst bauen will, muß durch eine vor Funktionieren abzuhebende Prüfung die Befähigung zum einwandfreien Arbeiten mit Hörerempfängern nachweisen, worauf er die sog. Audionversuche erlaubnis erhält. Der Unterhaltungsgrundfunk hat innerhalb eines Jahres einen außerordentlichen Umfang angenommen; ausserblicklich kann man mit einer Teilnehmerzahl von mehr als einer halben Million rechnen.

Wir sehen aus diesen Darlegungen, daß die Funktechnik für unser Wirtschaftsleben wie auch für die Industrie von außerordentlicher Bedeutung ist und wissen, daß sich dieser Wert vervielfachen wird mit der immer weitergehenden Ausbreitung der Funktelegraphie und -Telephonie, mit der Einführung der Telephonie mit fahrenden Eisenbahnzügen und den in See befindlichen Schiffen, mit dem Gemeinderundfunk, der drahtlosen Bilderübertragung und ähnlichen Anwendungsgebieten. Der Anteil der Funkindustrie an der gesamten elektrotechnischen Industrie ist heute nicht mehr gering, auch in dieser Beziehung werden Wirtschaft und Industrie in steigendem Maße mit der Funktechnik rechnen müssen. Jetzt schon rufen höhere Schulen besondere funktentechnische Lehrstühle ein, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo man von jedem Menschen, in erster Linie aber von jedem technischen Menschen die gründliche Beherrschung der funktentechnischen Grundlagen verlangen wird, wie man die Beherrschung der elektrotechnischen und physikalischen Grundlagen verlangt. Daneben wird ein großer Teil unseres technischen Volkes eine funktentechnische Spezialisierung verlangen, so daß sich Taten mit funktentechnischer Bildung ganz besondere Entwicklungsmöglichkeiten bieten werden.

Jeder Gewerkschaftler

muß das Buch des bekannten Sozialpolitikers Dr. Kauecker

Sozialpolitik durch Produktionspolitik

unbedingt lesen und in seinem Besitz haben. 60 Seiten stark, fest geb. 1 Mark. Verwaltungsverstellen bei größerem Bezug Ermäßigung.

Zu beziehen durch unsere Geschäftsstellen und die Zentrale Duisburg, Stapeltor 17.

Hast Du schon das Buch von Arell

Der Kampf um den Achtstundentag?

Branchenbewegung

Elektrotechniker.

Offen. In einer vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung von Elektromonteuern und sonstigen in der Elektro-Industrie Beschäftigten Personen hielt Gewerkschaftssekretär Gröne einen Vortrag über „Die Entwicklung der Elektro-Industrie und die Zukunftsaussichten“. Er führte hierzu u. a. folgendes aus:

Die praktische Verwendung des elektrischen Stromes sehen wir erst seit dem Jahre 1837, und zwar auf dem Gebiete des Telegraphenwesens. Die erste Erfindung gab den Anlaß zur Errichtung elektrotechnischer Werkstätten. Zunächst wurden nur Apparate für das Telegraphenwesen gebaut. Die erste elektrotechnische Anstalt wurde von Werner Siemens und dem Mechaniker Halste im Jahre 1847 mit 10 Arbeitern errichtet. Nach 25jährigem Bestehen beschäftigte Siemens-Halste, die größte Firma, 600 Personen. 1873 schuf Schudert in Nürnberg seine Anstalt. Es ging aber nur langsam vorwärts, weil man der neuen Industrie ungeheures Mißtrauen entgegenbrachte und Geld und Kreditgeber nicht in genügendem Maße vorhanden waren. Als jedoch Werner Siemens die Dynamo-Maschine erfand, begann der Siegeslauf der Elektrotechnik. Im Jahre 1880 wurde durch Anwendung des dynamoelektrischen Prinzips, das System Werner Siemens, zuerst rationell anerkannt. Waren bis dahin fast nur Schwachstromleitungen hergestellt worden, konnte man jetzt Starkstromleitungen anlegen. Die Starkstrom-Industrie konnte sich nun ausdehnen. Die Fabrikation der Maschinen für Kraftzeugung, ebenso der Apparate für Beleuchtungszwecke erforderten den Großbetrieb. Im Jahre 1895 waren bereits 126 Betriebe mit 26 321 Personen vorhanden. Die elektrotechnische Industrie, kaum 45 Jahre alt, hat bis zum heutigen Tage einen gewaltigen Aufschwung genommen. Wir sehen schon längst nicht mehr im Zeitalter des Dampfes, sondern in dem der Elektrizität.

Heute werden in der Elektro-Industrie mehr als eine halbe Million Menschen beschäftigt. Nicht nur die Herstellung elektrotechnischer Apparate und Maschinen, Werkzeuge und dergleichen, sondern auch die großen Kraftzeugungswerke, unsere modernen eingetragenen Elektrizitätswerke, zeugen von der riesenhaften Entwicklung auf diesem Gebiete. Die elektrotechnische Industrie liegt vornehmlich in den Händen der Großindustrie. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Siemens-Schudertwerke legen Zeugnis ab, von dem riesenhaften Kapital, welches in der elektrotechnischen Industrie investiert ist. Aber auch diese sind nicht mehr selbständig, sondern sind längst schon in den großen Industriezweigen aufgegangen. Der handwerkliche Klein- und Mittelbetrieb hat unter der Konkurrenz der großen Betriebe stark zu leiden. Als Maschinen- und Materialhersteller um der Großbetriebe in Frage, der seinerseits wiederum bei der Herstellung von Installationen und dergleichen einen Vorteil hat, weil er die Materialien, Apparate und Maschinen im gleichen Betrieb herstellen kann. Auf dem Gebiete der Elektrotechnik sind ungeheure Entwicklungsmöglichkeiten ausgenutzt worden. Auch stehen solche von ungeheurer Tragweite noch bevor. Einen modernen Groß- oder auch Kleinbetrieb der Industrie und des Handwerks können wir uns heute nicht mehr vorstellen, ohne mit Elektrizität getriebenen Maschinen und Apparate.

Unsere deutsche elektrotechnische Industrie ist, wie viele andere Industrien, sehr stark auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen. Im Jahre 1898 führte Deutschland für 57 Millionen Mark elektrotechnische Erzeugnisse aus. Im Jahre 1900 für 75 Millionen, 1913 für 310 Millionen, 1919 für 116 Millionen Goldmark, 1920 für 320 Goldmark, 1924 für 259 Mill. Goldmark. Die Weltproduktion elektrotechnischer Erzeugnisse, betrug im Jahre 1913 für insgesamt 4 Milliarden 100 Millionen Goldmark. Davon produzierte Deutschland für 1/2 Milliarde 300 Millionen Mark, das sonstige Europa für 800 Millionen Mark, Japan 100 Millionen, die Vereinigten Staaten für Nordamerika 1 Milliarde 400 Millionen Mark, das sonstige Amerika 100 Millionen. Deutschland hatte also fast 1/2 der Weltproduktion aufzuweisen. Deutschland hatte einen Eigenverbrauch im Jahre 1913 für rund 1 Milliarde Mark, also rund 1/2 unserer Erzeugnisse gingen ins Ausland. Der Eigenverbrauch konnte deswegen so hoch sein, weil wir in den Jahren 1900 bis zum Ausbruch des Krieges eine allgemeine, ungeheure industrielle Entwicklung durchgemacht haben und so naturgemäß auch der Verbrauch an elektrotechnischen Erzeugnissen im eigenen Lande recht groß war.

Wenn auch in Zukunft der größte Teil unserer Erzeugnisse im Inlande verbraucht wird, so sind wir doch auf den Außenhandel unbedingt angewiesen. Gelingt es uns nicht, den durch den Weltkrieg und postwarer Widerstand verloren gegangenen Weltmarkt wieder einigermaßen zu gewinnen, dann wird unsere heimische Industrie schwer darunter zu leiden haben. Amerika führte früher einen guten Teil unserer deutschen Erzeugnisse ein, wohingegen heute Amerika für elektrotechnische Erzeugnisse Ausfuhrland geworden ist. Wir werden nur durch Lieferung von Qualitätsware wiederum größeren Einfluß auf dem Weltmarkte gewinnen und die elektrotechnische Industrie ist Qualitätsindustrie. In den Nachkriegsjahren ist seitens unserer Industriellen mancher Schwund an das Ausland geliefert worden und dadurch ist uns mancher Kunde im Auslande verloren gegangen. Das muß wieder gutgemacht werden. Aber Qualitätsware heißt Qualitätsarbeiter voraus. Diese sind in der elektrotechnischen Industrie in nicht genügendem Maße vorhanden, vor allem schon deshalb nicht, weil große Teile tüchtiger und intelligenter Arbeiter sich in der elektrotechnischen Industrie wegen der ungenügenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht sehr lange aufhalten, sondern es vorziehen, sich anderen Industriezweigen zuzuwenden. Wenn die Industriellen nicht den größten Wert auf die Heranzüchtung geeigneter handwerklicher Fachleute, insbesondere Metallarbeiter legen, dann wird es sehr leicht möglich sein, daß wir auf dem Weltmarkte einen zu geringen Einfluß behaupten, weil wir nicht tüchtige Arbeitskräfte dazuerhalten können. Die Qualitätsware angewiesener Industriezweige nicht lebensfähig erhalten werden kann. Der Arbeiter in der elektrotechnischen Industrie muß wachen, damit die Entwicklung der Technik nicht über ihre Kennlinie hinausgeht.

Bekanntmachung

Sonntag, 5. April, ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Plattenberg. 50 Aufnahmen und Wiedergewonnene an einem Sonntag, ist ein gutes Resultat. Es ist ja anerkannt, daß die Kollegen aus Verdohl mithelfen, aber seid Ihr denn nicht selbst Mannes genug dazu, die Unorganisierten zu gewinnen? Ihr müßt es soweit bringen, daß ihr noch Hilfstruppen an andere abgeben könnt, dann seid Ihr erst auf der Höhe gewerkschaftlicher Arbeit. Plattenberger, zeigt was Ihr könnt!

Nach Dede. Unser Verband ist keine Krankenkasse, kein Bismarck-Jakobs-Verein, sondern eine Kampforganisation zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zum Kampfen aber gehören Finanzen. Die Unternehmer haben das längst eingesehen. Aber viele Arbeiter, ja selbst Organisationen, sehen das nicht ein. Sie glauben mit niedrigen Beiträgen dem Unternehmertum Erfolge abjagen zu können. Solche Leute sind schuld daran, daß die Arbeiterschaft noch nicht weiter vorwärts gekommen ist. Was hätten diese Leute mit ihren niedrigen Beiträgen erreicht, wenn der Christliche Metallarbeiterverband nicht die Kämpfe geführt und die Erfolge erzielt hätte. Die Bismarck-Jakobs-Organisationen treiben ungewollt dem Unternehmertum die Haken in die Räder.

An gewisse Verschiedene. Auf euren Schriftendruck braucht ihr euch wirklich nichts einzubilden. Der ist unter aller Kritik. Wenn aber selbst leitende Kollegen so wenig Interesse daran haben, kann man dann von den Mitgliedern etwas anderes verlangen? Oder sollte Maß und Mäßigkeit einer Bildungserweiterung erschöpfend sein! Daran möchten wir auf Grund bestimmter Tatsachen nicht glauben. Wir werden in der nächsten Nr. vielleicht auch einmal Maß und Mann nennen als warnendes Beispiel.

Die Auswirkung der Lohnsteueranträge

Zur Frage der Auswirkung der Lohnsteuerbeiträge bringt unsere Zeitung „Der Deutsche“ eine sehr interessante Uebersicht über die Forderungen, die von den verschiedenen Seiten gestellt wurden. Einige erläuternde Bemerkungen dazu scheinen angebracht.

Es sind sechs Berechnungen notwendig, um die Sachlage zu erkennen, wie sie sich nach den jeweiligen Anträgen gestalten würde. In der Querspalte 1 ist die Auswirkung des augenblicklichen Rechtszustandes ausgedrückt. ... Einfachheit wegen sind alle Berechnungen auf abgerundete Monateinkommen gestellt. Die gegenwärtige Sachlage ist so, daß monatlich 60 M für Werbungskosten usw. frei bleiben, der Lohnsteuerbetrag 10 v. H. beträgt und sich für jedes unterhaltsberechtigten Familienmitglied um je 1 v. H. ermäßigt. Die Berechnung zeigt, daß selbst bei Vorhandensein von 8 Kindern und nur 100 M Monateinkommen noch Lohnsteuerpflichtungen bestehen.

In Querspalte 2 ist die Auswirkung der neuen Regierungsvor-

Reichstagsfraktion 10 Prozent als Ausgangsbelastung anerkennt, sondern neben einem steuerfreien Werbungskostenbetrag von gleichfalls 100 Mark 8 Prozent Steuerabzug für den Ledigen bewilligt. Der Wille zur Berücksichtigung kinderreicher Familien ist beim Abschluß ebenso wenig wie bei den freien Gewerkschaften vorhanden. Er akzeptiert unbeschden die bisherigen viel zu geringen Minderungsätze.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) geht in seinen Vorschlägen insofern von dem bisherigen System ab, als er zwei Besteuerungsgruppen fordert. Es soll nach seinem Antrag der Normalsteuerfuß beim Einkommen bis 2400 Mark 6 v. H., von da bis 800 M 8 v. H. betragen. Der steuerfreie Werbungskostenfuß beträgt nach dem G. d. A.-Vorschlag 76 Mark monatlich. Hinsichtlich der Minderung der Abzüge beläuft es sich auf der G. d. A. bei den bisherigen Grundätzen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt Erhöhung des steuerfreien Einkommensbetrags auf 100 M monatlich. Ausgangspunkt für die Besteuerung der Ledigen und kinderlos Verheirateten ist 8 v.

Table with columns: Monatseinkommen, Nach welchen Erhebungsgrundlagen, Zu versteuern bleibend, Ledige, Verheiratet ohne Kinder, Verheiratet mit Kindern (1-8). Rows show calculations for income levels 100, 150, 175, 200, 250, 300, 400 M.

schläge errechnet, die sich von dem bisherigen Verfahren nur dadurch unterscheiden, daß für das vierte und jedes weitere minderjährige Kind die Ermäßigung nicht, wie bisher 1 v. H., sondern 2 v. H. betragen soll. Wir anerkennen in diesem Vorschlag den ersten Erfolg unserer jahrelangen Bemühungen um größere Berücksichtigung der Kinderzahl. Ein Blick auf die Tabelle zeigt jedoch, daß die Auswirkung des Regierungsvorschlages völlig ungenügend ist.

Der dritten Querspalte ist zugrunde gelegt der Lohnsteuerantrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der am 10. Januar 1925 unter Drucke Nr. 251 gestellt ist. Dieser Antrag verlangt die Erhöhung des steuerfreien Lohnanteiles auf 100 M. Er wünscht weiter Berücksichtigung ausfallender Arbeitszeit, berührt im übrigen nicht die völlig unsoziale Gestaltung der Kinderabzüge. Da man annehmen darf, daß die Steuerhochrechnungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sich die Wirkung ihrer Anträge vorher durchrechnen, lang nur angenommen werden darf, daß die im sozialistischen Lager übliche, grundsätzliche Verneinung der familienpolitischen Gesichtspunkte auch hier gewollt betont werden sollte. Sonst wäre es unverstänlich, daß man zulassen will, daß bei nur 150 M Monateinkommen selbst das Vorhandensein von acht unterhaltsberechtigten Kindern noch nicht genügt, um zur Steuerfreiheit zu kommen. Diese Familienpolitik der Sozialdemokratie wird nicht übersehen werden dürfen.

Der Aja-Bund geht in Gegenjah zu seinen roten Brüdern insofern andere Wege, als er nicht wie die sozialdemokratische

Fraktion fallend für jedes weitere unterhaltsberechtigten Familienmitglied um 2 v. H. Die Auswirkung dieses Vorschlages ist aus der letzten Spalte ersichtlich. Sie bedeutet, daß beim Vorhandensein von mehr als 3 Kindern im allgemeinen Steuerfreiheit eintritt. Wir verweisen hinsichtlich der Begründung der D.G.B.-Vorschläge auf die Ausführungen in Nr. 33 vom 8. Februar „Der Deutsche“. Die inwischen gegen diese Vorschläge erhobenen Bedenken geben keine Veranlassung zu einer Aenderung. Es ist natürlich richtig, daß dieser Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine beachtliche Minderung des Aufkommens der Lohnsteuer bringen wird. Darüber sind wir uns nicht im Zweifel gewesen. Dem steht aber gegenüber die von uns immer wieder unterstrichene Erkenntnis, daß es staatspolitisch völlig unmöglich ist, neben einer hohen indirekten Abgabe die große Masse der von der Hand in den Mund lebenden, arbeitenden Bevölkerung auch noch mit starken direkten Steuern zu belagern. Gründe der sozialen Gerechtigkeit sehr ernste Gründe des Schutzes der Familien, die ethisch und staatspolitisch gleich gut begründete Vorschläge des Art. 110 der deutschen Reichsverfassung sprechen dafür, daß die leitende Idee der neuen Steuerreform, Rückzicht auf Kapitalbindung, auch gegenüber der Arbeiterkategorie Geltung gewinnen muß. Umfassender Erhöhung der Verbrauchsabgaben auf Tabak, Bier, erhobte Haussteuer, hohe Lohnsteuerfuß und Zuschlagsrecht der Gemeinden und Kommunen auf diese Sätze, sind zum mindesten einseitig untragbar. Dessen möge man sich überall da bewusst sein, wo jetzt Steuerpolitik gemacht wird.